Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 147

Sonntag, den 11. Dezember

1921

Inhalt: Bekanntmachung zur Berichtigung des Gesetzes über Verwaltungsgerichtsbarkeit. S. 673. — Bekanntmachung, betreffend Erhöhung des Feuerungszuschlages in den Uebühren der Betriebs- und Gebührenordnung für die Raianlagen und des Eisenbahn-Raia regulativs. S. 673. — Bekanntmachung, betreffend Bildung einer „Zwangsmannschaft für das Damenstrickenvereinsgebiet“ in der Stadt Hamburg. S. 674.

Bekanntmachungen des Senats.

Bekanntmachung

zur Berichtigung des Gesetzes über Verwaltungsgerichtsbarkeit.

In § 69 Abs. 4 des Gesetzes über Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 2. November 1921 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 585) ist hinter „§ 24“ einzufügen „Abs. 4“.

Gegeben in der Versammlung des Senats, Hamburg, den 7. Dezember 1921.

Bekanntmachungen der Verwaltungsbehörden und der nachgeordneten Stellen.

Bekanntmachung,

betreffend

Erhöhung des Feuerungszuschlages zu den Uebühren der Betriebs- und Gebührenordnung für die Raianlagen und des Eisenbahn-Raia regulativs.

Auf Grund des § 8 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Betriebs- und Gebührenordnung für die Raianlagen und des Eisenbahn-Raia regulativs, vom 20. Juli 1919 wird bestimmt:

Der durch Bekanntmachung vom 15. September 1921 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 112 S. 541) festgesetzte Feuerungszuschlag wird mit Wirkung vom 15. Dezember 1921 auf 100 % erhöht.

Hamburg, den 6. Dezember 1921.

Die Deputation
für Handel, Schifffahrt und Gewerbe.

Bekanntmachung,

betreffend

Bildung einer „Zwangsinnung für das Damenschneiderinnengewerbe“ in der Stadt Hamburg.

Nachdem die Mehrheit der am Abstimmungsverfahren beteiligten Gewerbetreibenden sich für die Bildung einer Zwangsinnung für das Damenschneiderinnengewerbe ausgesprochen hat, wird hierdurch auf Grund § 100 H.D. angeordnet, daß sämtliche Personen, die im hamburgischen Stadtgebiet das genannte Gewerbe betreiben, der zum 1. Januar 1922 neu zu errichtenden Zwangsinnung anzugehören haben.

Hamburg, den 7. Dezember 1921.

**Die Deputation
für Handel, Schifffahrt und Gewerbe.**